



Aussiedlerbeauftragte von Bund und Ländern verabreden Konferenz Landesbeauftragte Westmann: „Die Themen von Spätaussiedlern und ihrer Familien stärker in den politischen Fokus nehmen“

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann, hat sich jetzt erstmals zum Austausch mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus Bund und Ländern getroffen. Dabei haben sie sich in Berlin darauf verständigt, dass sie künftig regelmäßig in Form einer Aussiedlerbeauftragten-Konferenz zusammenkommen wollen.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, hat an seinem Sitz im Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat seine Länderkollegen zu der gemeinsamen Sitzung begrüßt.

Fabritius und seine Länderkollegen sind sich einig, dass die Aussiedler- und Vertriebenenpolitik in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Dies komme unter anderem durch die seit fünf Jahren auf inzwischen rund 7000 angestiegene Zahl von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Deutschland zum Ausdruck, so Westmann. „Mir ist es wichtig, auf allen Ebenen die Bereitschaft der Politik zu stärken, sich den Themen dieser Menschen und ihrer Familien anzunehmen, sagte die Niedersächsische Landesbeauftragte.

Themen der nächsten gemeinsamen Konferenz sollen unter anderem Fragen der Altersarmut bei Spätaussiedlern, die Abstimmung standesamtlicher Verfahren sowie empfehlenswerte Standards für die Tätigkeit von Beauftragten sein.

Bisher haben die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen eigene Beauftragte für diese Querschnittsaufgabe eingerichtet. Weitere Bundesländer waren in Berlin durch Vertreter der fachlich zuständigen Landesministerien vertreten.